

## ENERGIE

### ATOMAUSSTIEG UND DEZENTRALE ENERGIEWENDE DROHEN IN BAYERN ZU SCHEITERN

Der BUND Naturschutz fordert von Ministerpräsident Horst Seehofer vollen Einsatz zur Rettung der Kernbereiche des Erneuerbaren Energien Gesetzes!

Der Ausstoß des Klimagases Kohlendioxid ist in 2012 weltweit wieder um 1,6 Prozent gestiegen. Doch die Bundesregierung will nach den Plänen von Bundesumweltminister Peter Altmaier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler den Ausbau der Erneuerbaren Energien zugunsten der Atomkonzerne und neuer Kohlekraftwerke einbremsen.

„Wer die Zerschlagung der erfolgreichen Erneuerbaren Energien zum Wahlkampfthema macht, sabotiert den Atomausstieg und die dezentrale Energiewende, gerade in Bayern“, kritisiert Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern. Die Bundesregierung sei vor den Atom- und Kohlekonzernen eingeknickt und wolle den Ausbau der Erneuerbaren Energien stoppen. „Rösler will das Erneuerbare Energien Gesetz ganz abschaffen – für seine Klientel, die Großkonzerne, Altmaier greift die Energiewende von der Seite an und will kostendeckende Vergütungen für Strom aus Erneuerbaren Energien streichen und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble greift die Energiewende von unten an – das Kapitalanlagegesetzbuch soll verschärft werden“, so Weiger. Damit würden für Bürgerenergiegesellschaften hohe Hürden aufgebaut, obwohl gerade sie für die Akzeptanz der Energiewende von unten sorgten.

„Wir appellieren an Ministerpräsident Horst Seehofer, die Kernbereiche des Erneuerbaren Energien Gesetzes zu verteidigen, damit der Atomausstieg und die dezentrale Energiewende nicht scheitern“, so Weiger.

#### Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. März 2013

PM 021-13/LFG

Energie



Seehofer habe in 2011 ein Energiekonzept mit Ausbau der Windenergie von damals kleiner 1 Prozent auf über 10 Prozent bis zum Jahre 2021 vorgelegt. Dies wird zur Makulatur, wenn die Staatsregierung sich nicht für die Rettung des Erneuerbaren Energien Gesetzes in seinen Kernbestandteilen einsetzt.

„Die Vorschläge von Altmaier und Rösler entziehen Anlagenbauern, Planern, Investoren und Energiegenossenschaften jegliche Planungs-, Rechts- und Investitionssicherheit für Erneuerbare Energien Projekte. Kleinere Investoren, wie Bürgerenergieanlagen, wären am stärksten betroffen. Durch die steigenden wirtschaftlichen Risiken wären sie kaum mehr in der Lage, sich wie bisher am Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beteiligen“, warnt Katharina Habersbrunner, Vorstand der Bürgerenergiegenossenschaft BENG eG, München. Dabei wäre vor allem die Beteiligung der breiten Bürgerschaft wichtig für die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung. Bürgeranlagen vor Ort produzieren den Strom dezentral dort, wo er verbraucht wird und tragen damit zu einer Entschärfung der Netzproblematik bei.

„Hinzu kommt neuer Angriff von Schäuble. Mit den geplanten Änderungen im Kapitalanlagegesetzbuch werden Bürgerbeteiligungsmodelle künftig keine Chance mehr haben. Zentrale Projekte für die Energiewende, wie Bürgersolaranlagen oder Bürgerwindparks, könnten künftig nicht mehr realisiert werden. Bisher war es möglich, dass Personen ohne staatliche Erlaubnis z.B. ein Bürgersolardach oder ein Bürgerwindrad initiiert haben. Sie haben eine Gesellschaft gegründet, Geld eingesammelt und das Projekt realisiert. Mit den geplanten Verschärfungen dürfen nur noch Unternehmen mit Banklizenz Projekte anbieten“, kritisiert Werner Emmer, Vorstand Energiebündel Roth-Schwabach e.V.

Ein mittlerer Landkreis in Bayern gibt jährlich ca. 200 Millionen Euro für Energie aus, das meiste davon geht ins Ausland. Mit Stromproduktion durch Fotovoltaik und Windenergie könnte Bayern dieses Geld in die heimische Wirtschaft investieren – lokale Wertschöpfung vor Ort. „Wenn Bundesumweltminister Altmaier die Vergütung für Windstrom, heute der billigste Erneuerbare Energien Strom, von 9 auf 8 Eurocent pro Kilowattstunde kürzt, dann sind Windenergieanlagen in Bayern kaum noch finanzierbar. Dann wird hunderten bayerischer Bürgerenergiegesellschaften die Grundlage entzogen“, so

## Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. März 2013

PM 021-13/LFG

Energie



**JAHRE**

Dr. Herbert Barthel, BN-Referent für Energie und Klimaschutz. "Wir sehen dann große Probleme mit Natur- und Landschaftsschutz. Mit einer Vergütung von heutigen gut 9 Eurocent pro Kilowattstunde Windstrom können wir es uns leisten, auf geschützte Hügel- und Berglandschaften beim Ausbau der Windenergie zu verzichten, denn mit der heutigen Vergütung sind auch im Flachland Windturbinen finanzierbar. Aber bei den geplanten Kürzungen wird der Druck auf die schönen bayerischen Landschaften massiv zunehmen", so Barthel.

Mit dem Plan, rückwirkend bereits garantiert zugesicherte Vergütungen für Erneuerbaren-Energie-Strom zu kürzen, verunsichert Bundesumweltminister Altmaier gezielt Bürger, Kommunen, Betreiber und Geldgeber. Altmaier versucht die Erneuerbaren Energien da zu treffen, wo sie bislang stark waren, auf der Basis des Erneuerbaren Energien Gesetzes, und zerstört Vertrauen und Planungssicherheit. Hier muss sich die bayerische Staatsregierung schützend vor die Kommunen und Bürgerbeteiligungen stellen, die in Bayerns Energiewende investieren. Rechtsunsicherheit kann nicht Basis einer zukunftsfähigen Politik sein.

Die Kosten der Umlage aus den Erneuerbaren Energien im Strompreis machen heute ca. 0,5 Prozent der Ausgaben eines bundesdeutschen Haushaltes aus, nach Schätzungen von Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Die Kosten des Atomunfalls in Tschernobyl lagen bei über 300 Milliarden Euro, die in Fukushima bis heute bei über 100 Milliarden Euro. Die Kosten des Tropensturms Sandy in New York lagen bei 100 Milliarden Euro. Mit zunehmender Klimaerwärmung werden in den kommenden Jahrzehnten Tropenstürme auch Bayern erreichen.

Die Kosten der Umlage aus den Erneuerbaren Energien stiegen von 2012 auf 2013 von 3,57 auf 5,27 Eurocent pro Kilowattstunde. Nach Analysen des Bundesverbandes Erneuerbare Energie sind davon nur 2,32 Cent echte Kosten für den Erneuerbaren Strom, zusätzlich 0,69 Cent Nachzahlungen für 2012, aber 1,21 Cent für die Privilegien der Industrie, die keine Umlage für Strom aus Erneuerbaren Energien zahlt.

„Diese Industrieprivilegien müssen abgeschafft werden, die Industrie in Deutschland wird heute bereits mit 16,2 Milliarden Euro durch Ver-

## Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. März 2013

PM 021-13/LFG

Energie



günstigungen subventioniert – hier ist Sparpotential zugunsten der privaten Verbraucher“, fordert Barthel. Und 0,84 Cent, die wir Verbraucher zusätzlich zahlen, resultieren aus sinkenden Börsenpreisen für Strom. „Der Preis an der Strombörse fiel von ca. 5,5 auf 3,5 Eurocent pro Kilowattstunden für Großkunden – aber die EEG-Umlage steigt um 1,7 Eurocent pro Kilowattstunde für die kleinen Privatverbraucher – das ist falsche Politik“, so Barthel. „Notwendig ist es hier, dass Bayern sich in Deutschland und in der EU für eine Verknappung der Kohlendioxid-Emissions-Zertifikate einsetzt, dann steigt der Strompreis, und die EEG-Umlage bleibt stabil!“ so Barthel.

Gezielte Programme und Beratung zum Stromsparen sind der effektivste Weg, um die Stromkosten in Bayern zu senken. Der BUND Naturschutz hat gemeinsam mit dem Landesbund für Vogelschutz und dem Bayerischen Ministerium für Umwelt und Gesundheit in 2012 einen 12-Punkte Maßnahmenkatalog entwickelt und vorgestellt, mit dem Bayern bis zum Jahr 2020 bis zu 20 Prozent des Stroms und bis zum Jahr 2050 bis zu 50 Prozent des Stroms einsparen könnte. Bezogen auf den heutigen Verbrauch von ca. 85 Milliarden Kilowattstunden Strom in Bayern sind dies mehrere 10 Milliarden Euro an finanziellem Einsparpotential.

Nach Schätzungen des Arbeitskreises Umwelt der CSU von 2012 wird die EEG-Umlage auch bei kräftigem Zubau von Wind- und Sonnenstrom nur noch wenige Jahre ansteigen. Spätestens ab 2020 wird die Umlage wieder deutlich sinken. Ab ca. 2025 werden die Erneuerbaren Energien die Energiekosten in Deutschland deutlich senken und so den Industriestandort Bayern sichern. Die Staatsregierung Bayern muss sich in Berlin für konstruktive Lösungen für das Erneuerbare Energien Gesetz einsetzen.

#### **Für Rückfragen:**

Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz  
Tel.: 0911-81878-26

#### **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

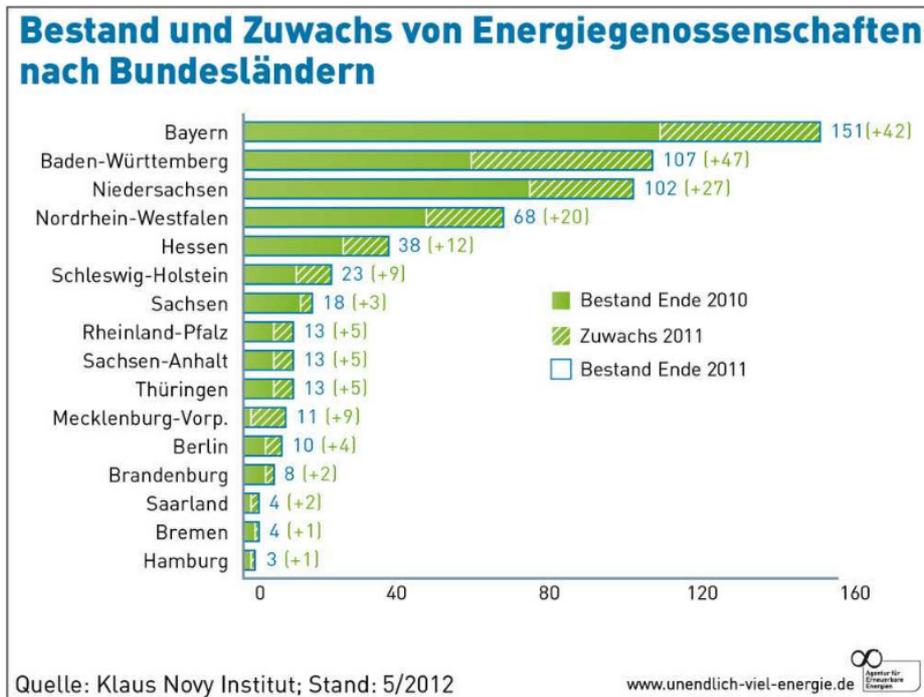
lfg@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. März 2013  
PM 021-13/LFG  
Energie



**JAHRE**

## Anlagen:



## Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

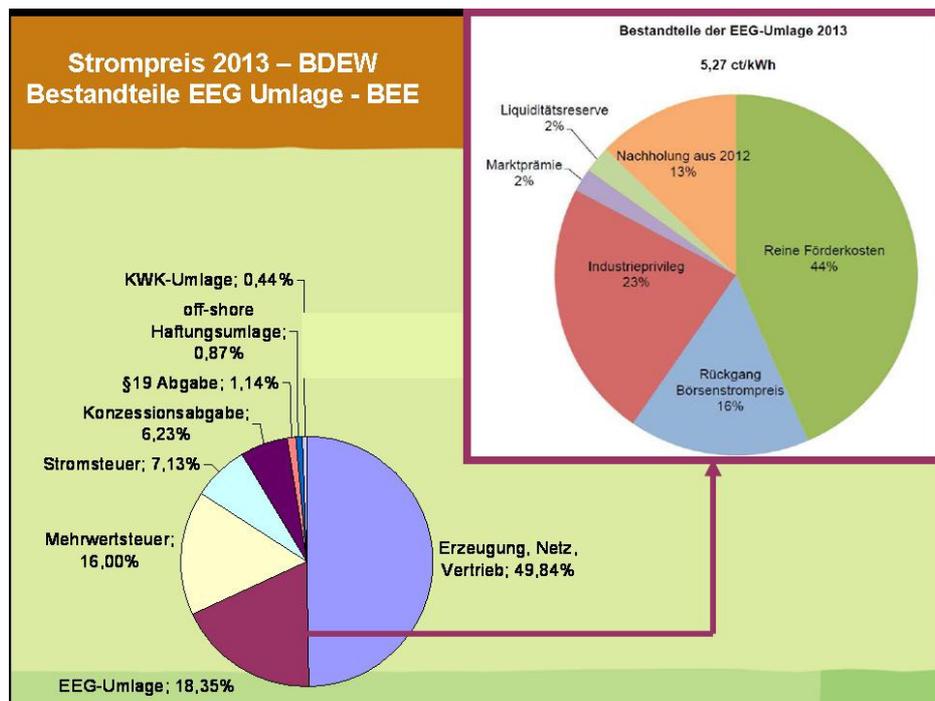
lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. März 2013

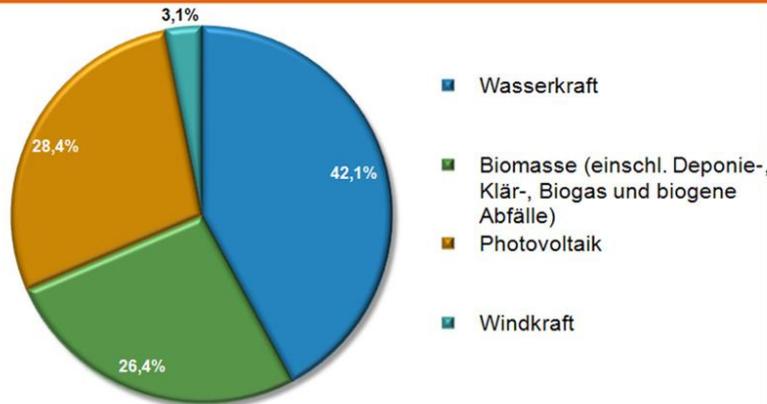
PM 021-13/LFG

Energie



## Nettostromerzeugung in Bayern 2011 29,2 % Strom aus Erneuerbaren Energien

### Struktur des Anteils erneuerbarer Energien an der Nettostromerzeugung in Bayern 2011



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2012, Berechnungen des Bayerischen Landesamtes für Umwelt

Anteile\_EE\_Stromerzeugung

[http://www.energieatlas.bayern.de/thema\\_energie/daten.html](http://www.energieatlas.bayern.de/thema_energie/daten.html)



### Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. März 2013

PM 021-13/LFG

Energie

100  
JAHRE

## Strompreise in Deutschland

(1) BMWi, Energiedaten – Zahlen und Fakten, 01-2013  
(2) EEG-Umlage ergänzt durch Bund Naturschutz in Bayern

